

## **Bundeswehr raus aus Afghanistan**

Beschluss des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen am 14./15.7.2007

---

Die LINKE. Sachsen unterstützt den Aufruf des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE für eine bundesweite Demonstration zur Kampagne - Bundeswehr raus aus Afghanistan - am 15. September 2007 in Berlin. DIE LINKE. Sachsen baut die Kampagne in Sachsen auf und mobilisiert zur bundesweiten Demonstration der Friedensbewegung am 15. September 2007.

Wir mobilisieren im Vorfeld mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen und beteiligen uns personell an der Demonstration. Als Teil eines breiten Friedensbündnisses wollen wir die Mehrheit des Bundestages mit dem Mehrheitswillen der Bevölkerung konfrontieren und fordern den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Die Kampagne wird durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung durch

- Mitarbeit in lokalen Bündnissen
- Infostände
- Flugblätter
- Artikel in den Parteimedien - mit Schwerpunkt der Mobilisierung ; Aktivitäten zum Weltfriedenstag bekannt gemacht.

Für die landesweite Organisation und Koordinierung der Kampagne wird als Verantwortliche Gabriele Engelhardt - SV Chemnitz – vorgeschlagen.

## **A U F R U F**

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg "Operation Enduring Freedom" und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze – Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau – sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen "Krieg gegen den Terror" sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im nahen - und mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die – seit Anbeginn betriebene – deutsche Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt.

Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf.

An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle

Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

f. R. des Beschlusses

Rico Gebhardt  
Landesgeschäftsführer  
DIE LINKE. Sachsen